

Ökologie und Ökonomie, ein scheinbarer Gegensatz?

Schon fast traditionsgemäss schob sich das Casa-Problem im Sommer 1985 wiederum in die Schlagzeilen der Presse. Die Firma Continental Alloys S.A., eine Arbed-Tochtergesellschaft in Dommeldingen, stellt verschiedene Produkte her, die in der Stahlerzeugung gebraucht werden. Seit Inbetriebnahme steht der Namenskürzel CASA hierzulande als Synonym für Umweltprobleme und erhitzt periodisch immer wieder die Gemüter.

Das CASA-Problem, ähnlich wie manch andere, zum Skandal ausgewachsene Affäre steigert sich immer mehr zum Modellfall für die scheinbar gegensätzlichen Interessen von Ökologie und Ökonomie.

Die Besorgnis der Bevölkerung

Einerseits finden wir die Anrainer der CASA, welche sich berechtigte Sorgen machen um den Zustand ihrer nächsten Umgebung und darüber hinaus um mögliche Gefahren für ihre Gesundheit. Dass sie dabei allgemein hauptsächlich ihre ureigenen Interessen beachten, ohne besonderes Augenmerk

für die Probleme der Gegenseite, ist eine durchaus verständliche Einstellung. Sie schliessen sich zu einer Bürgerinitiative zusammen, stellen Forderungen auf und versuchen selbstverständlich, Druck auf die verantwortlichen Politiker auszuüben.

Bedenklich wird die Entwicklung jedoch, wenn von aussen her mit Schlagwörtern und Halbwahrheiten

versucht wird, die Aufregung der Bevölkerung auszunutzen, um Umweltbelange gegen Arbeitsplätze auszuspielen, um undifferenzierte Forderungen im Stile von "Alles oder Nichts" heraufzubeschwören, und möglicherweise die bestehenden Ängste noch weiter zu schüren. Bei derartigen Sachproblemen sind nun mal die wirtschaftlichen, finanziellen, gesundheitlichen und ökologischen Zusammenhänge vielseitig und komplex.

Die Entwicklung wird umso bedenklicher, wenn durch die Tatsache, dass die Arbeitsplätze grösstenteils nur von ausländischen Arbeitnehmern besetzt sind, rassistische Grundgefühle und Tendenzen hochstilisiert werden. Die Aussagen und Diskussionen werden emotional derart überladen, dass rationelle Erwägungen blindlings ignoriert werden.

Glücklicherweise entpuppten sich die im Falle CASA führenden Kräfte in der Bevölkerung als zum Teil kompetente besonders aber als vernünftige Vertreter, die auch in schwierigen Situationen ihre Verantwortung voll übernehmen. So konnte eine gefährliche Zuspitzung mit möglichen handgreiflichen Auseinandersetzungen vermieden werden.

Die Umweltschutzorganisationen, gleichsam als Gewerkschaften für Umweltbelange, haben sich seit Jahren auf Information und Aufklärung der Bevölkerung beschränkt. Ihnen erwächst jedoch angesichts derartiger Erhitzung der Gemüter eine zusätzliche Aufgabe. Sie sind gefordert, ähnlich wie die Gewerkschaften und die politischen Parteien, die lokalen Belange auf eine übergeordnete Ebene zu führen, wo Emotionen zurückgestellt werden, um sachlichen und verantwortlichen Diskussionen Platz zu machen.

Die Belegschaft kämpft für ihre Arbeitsplätze

Bedenklich, wenn auch verständlich, ist, dass sich andererseits, gegenüber einer besorgten Bevölkerung, eine ebenso starre wie erstaunliche

Koalition aus Belegschaft und Patronat herauskristallisiert hat.

Selten haben sich Arbeitnehmer, die ohne Zweifel grossen gesundheitlichen Schäden in ihrem Beruf ausgesetzt sind, ohne wenn und aber mit ihrer Firmendirektion derartig solidarisiert. Absolutistische Forderungen auf der einen Seite haben logischerweise zu einer ebenso sturen und undifferenzierten Haltung auf der anderen Seite geführt.

Vertrauliche Aussagen früherer aber auch jetziger Mitarbeiter haben klar durchblicken lassen, dass sich sowohl die Firmendirektion wie auch die betroffene Belegschaft durchaus bewusst sind, dass das angewandte Produktionsverfahren Gefahren für alle Beteiligten mit sich bringt.

Das Damoklesschwert der möglichen Schliessung des Werkes, mit als Konsequenz dem Verlust des Arbeitsplatzes, hat es dem Patronat erlaubt, die Arbeitnehmer relativ leicht für ihre Stellungnahmen zu gewinnen.

Den Gewerkschaften, ähnlich wie auch den Umweltschutzorganisationen, eröffnen sich hier neue Aufgabenbereiche. Neben der Sorge, erst einmal den Arbeitsplatz ihrer Mitglieder und somit die Existenzgrundlage der dort Beschäftigten und ihrer Familien abzusichern, müssen die verantwortlichen Arbeitnehmervertreter ihre Kriterien überdenken, wenn es heisst Arbeitsplätze zu verteidigen oder in Frage zu stellen.

Fairerweise sei hervorgehoben, dass die hier betroffene Gewerkschaft sich voll ihrer Verantwortung bewusst war und die überspitzten Reaktionen ihrer Mitglieder relativierte. Abgesehen davon, dass Gewerkschaften naturgemäss vornehmlich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Innern des Betriebes eintreten, müssen die Verantwortlichen immer mehr die Auswirkungen auf das gesamte Umfeld mitberücksichtigen. Erfahrungen im Ausland haben gezeigt, dass nur ökologisch vertretbare Arbeitsplätze auch langfristig abgesichert sind.

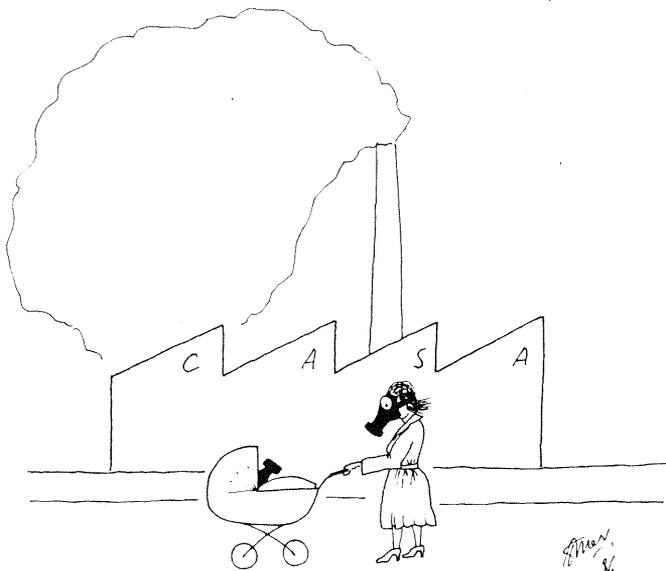


Notwendige Maßnahmen der Firmendirektion

Die Firmendirektion ist jetzt gefordert. Die aktuelle Lage ist sowohl für die Belegschaft als auch für die Umgebung untragbar. Die staatlicherseits aufgezeichneten Werte der Staubbiederschläge lassen auf unzumutbare gesundheitliche und ökologische Belastungen schliessen. Nicht die Schliessung des Werkes wird jedoch vorerst von der Bürgerinitiative gefordert, sondern unumgängliche und konsequente, wenn auch möglicherweise kostspielige Verbesserungen an der Produktionsanlage. Hinhaltetaktik, Minimisierung oder gar Verneblung der Auswirkungen könnten in relativ kurzer Zeit wieder die Gemüter erhitzen. Im Interesse ihres eigenen Werkes sollten die Verantwortlichen Aufklärung über die bisher erfolgten sowie die unmittelbar vorgesehenen Massnahmen geben.

Politische Verantwortung gefordert

Auf dem hier aufgezeichneten Hintergrund treten zusätzlich die politischen Parteien auf, wobei die einen das CASA-Problem soeben erst als interessantes Betätigungsfeld entdeckt haben, die andern sich bereits längere Zeit bemühen, um Lö-



sungen herbeizuführen. Erstaunlicherweise haben übrigens zwei weitere, ehemals als regierungsfähige Parteien bezeichnet, zu diesem delikaten Problem noch überhaupt keine Stellungnahme erkennen lassen. Welches auch immer die ideologische Ausrichtung einer politischen Partei sein mag, sie darf sich keinesfalls ihrer Verantwortung entziehen. Auch das politische Geschäft mit der Angst wäre eine gefährliche wie auch fragliche Einstellung. Man sollte sich davor hüten, in der Politik immer nur den einfacheren Weg zu wählen, sich darauf zu beschränken, sogenannte Skandale hochzuspielen und von Fall zu Fall rein elektorale und lokale und dadurch auch zum Teil kontradiktorische Erwägungen zu berücksichtigen.

Eine weitere Gruppe von Akteuren auf diesem Parkett bilden die zuständigen Minister und Staatssekretäre, wobei gleich vier Ministerien, nämlich das Wirtschafts-, das Gesundheits-, das Umwelt- und das Arbeitsministerium im Falle CASA betroffen sind. Unterschiedliche Gewichtungen der Problemfelder und unübersehbare Abgrenzungen der Kompetenzen haben den Entscheidungsprozess innerhalb der Regierung wesentlich erschwert. Es zeigt sich, dass für derartige Konfliktfälle, und womöglich werden sie in nächster Zukunft noch in ähnlichem Ausmasse auftauchen, eine interministerielle Kommission die anstehenden Entscheidungen koordinieren sollte. Bei der Bildung eines derartigen Gremiums müssen sich die Politiker vollauf im klaren sein, dass damit allein noch keine Lösung herbeigeführt wird. Es erlaubt lediglich zu verhindern, dass die verschiedenen Minister sich die Probleme, ähnlich wie bei warmen Kartoffeln, einer dem andern zuschieben und, dass etwaiges Kompetenzgerangel konkrete Entscheidungen unnützerweise hinausschiebt. Zusätzlich zu dieser verbesserten Koordination auf Regierungsebene sollten sich, bei konkreten Problemen wie im Falle CASA, die betroffenen Gruppierungen zu einer spezifischen Umwelt-Quadripartite zusammenfinden. Neben Regierungsvertretern sollten sich die Umweltschutzorganisationen, die Gewerkschaften und das Patronat an einem Tisch zusammenfinden, um gemeinsam die Lage zu erörtern und gegebenenfalls entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten.

Staatliche Wirtschaftsorientierung

Verantwortungsvolle Diskussionen und klare politische Optionen sind in Zukunft umso mehr vonnöten, als sich die betroffene Bevölkerung als

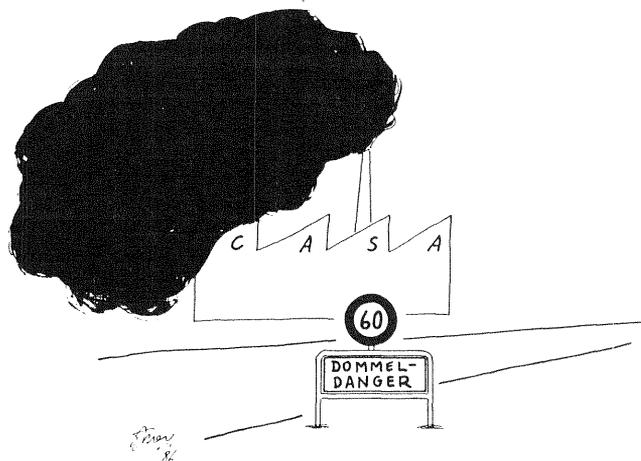
Steuerzahler wohl sicher die Frage gestellt hat, inwiefern der Staat über die SNCI, wie hier im Falle CASA geschehen, Betriebe finanziell unterstützen soll, die zudem dieselben Steuerzahler und ihre Umwelt stark belasten. Bei finanziellen wie industriellen Restrukturierungen sollten die Verantwortlichen verstärkt umweltpolitische Aspekte und Kriterien beachten, um so eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft herbeizuführen. Diese Einstellung verlangt Mut und Durchhaltevermögen, da kurzfristige und sensationelle Erfolgsmeldungen kaum zu erwarten sind. Politiker sollten bedenken, dass, über die Dauer ihres Mandats hinaus, sie die Weichenstellung für die wirtschaftliche und ökologische Zukunft unseres Landes zu gewährleisten haben. Kommende Generationen werden sie an den jetzt getroffenen Orientierungen messen.

Erst Vermeidungs-, dann Verursacherprinzip

Ausgehend davon, dass für alle Betroffenen erst einmal das Vermeidungsprinzip gelten soll, sollten die Auflagen an die Firma CASA dem aktuellen Stand der Technik angepasst werden. Auch die staatlichen Kontrollorgane für die Einhaltung der vorgeschriebenen Werte sollten im Sinne einer größeren Wirksamkeit und einer gesteigerten Frequenz überdacht werden. Dabei darf Luxemburg sich keinesfalls schämen, von den Erfahrungen unserer Nachbarländer ausgiebig Gebrauch zu machen. Die Bundesrepublik, die Schweiz, besonders aber Japan haben bereits tiefgreifende Veränderungen durchgezogen, ohne dass, wie manche befürchten, diese Länder in wirtschaftlichen oder technologischen Rückstand geraten sind.

Das absolute Vermeidungsprinzip dürfte sicherlich auch in Zukunft nicht immer voll durchzusetzen sein. Bei etwaigen Schäden und Belastungen muss unbedingt das Verursacherprinzip angewendet werden. Privatleute ebenso wie die Betriebe sollten mit aller Deutlichkeit über das Ausmass und die Anwendungsverfahren der verschiedenen Verordnungen informiert sein.

Die Beseitigung von Altlasten sollte durch öffentliche Institutionen angekurbelt werden. Hier wird es sicher zumeist schwierig sein, den Verursacher im nachhinein festzustellen. Auch wurden mittlerweile in den Gesetzen und Verordnungen derart Veränderungen vorgenommen, dass es wohl auch juristisch nicht möglich sein wird, verschiedene Verursacher retroaktiv zur Rechenschaft zu ziehen. Das Haftungsrecht sollte allerdings im Sinne einer Umkehr der Beweislast überdacht werden.



Ökologische Vergehen sollen in Zukunft nicht mehr wie bisher als Kavaliersdelikte verstanden werden. Auf dass Luxemburg auch im Jahre 2000 zu

den ökologisch- und wirtschaftlich fortschrittlichen Nationen gezählt werden kann.

Jeannot KRECKE